

SOLIDARITÄT MIT GAZA:

Der Schweizer Bundesrat muss endlich handeln!

Immer mehr Organisationen, darunter auch Amnesty International, kommen zum Schluss, dass Israel einen Völkermord an den Palästinenser*innen in Gaza begeht. Die israelische Regierung hat die Absicht ethnischer Säuberungen klar zum Ausdruck gebracht. Die Kriegsverbrechen der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen vom 7. Oktober 2023 rechtfertigen in keiner Weise die von Israel begangenen genozidalen Handlungen und Kriegsverbrechen.

Die israelische Armee hat in anderthalb Jahren mehr als 54.000 Menschen getötet, darunter mindestens 15.000 Kinder. Die indirekten Todesfälle und die Opfer, die immer noch unter den Trümmern liegen, sind in dieser Bilanz nicht berücksichtigt. Hinzu kommt der vorsätzliche Einsatz von Hunger als Kriegswaffe gegen mehr als zwei Millionen Menschen im Gazastreifen und die langjährige Besatzungs- und Apartheidspolitik Israels in den besetzten Gebieten, die eindeutig gegen das Völkerrecht verstösst.

Als Depositarstaat der Genfer Konventionen und als Sitz des Uno-Menschenrechtsrates hat die Schweiz eine besondere Verantwortung. Die Untätigkeit, insbesondere des EDA, ist inakzeptabel und muss sofort enden.

Wir fordern den Bundesrat auf:

1. Sich aktiv für einen **sofortigen, dauerhaften und von der internationalen Gemeinschaft überwachten Waffenstillstand** und für die **sofortige Aufhebung der Blockade des Gazastreifens** einzusetzen.
 2. Die **dokumentierten Kriegsverbrechen Israels klar zu verurteilen** und alle Initiativen zu unterstützen, **um Zwangsumsiedlungen oder illegale Vertreibungen der Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland zu verhindern**.
 3. Unverzüglich die **Finanzierung der humanitären Nothilfe für Gaza über die UNRWA wieder aufzunehmen** und mindestens die jährlichen Mittel freizugeben, die bis 2023 finanziert wurden.
 4. Die **militärische Zusammenarbeit mit Israel sowie alle sicherheitsrelevanten Exporte sofort einzustellen**.
 5. Ein **Verbot für Schweizer Unternehmen zu erlassen, sich an der Besatzung in den palästinensischen Gebieten zu beteiligen**. Dies insbesondere in Bezug auf Waffen, Dual-Use-Technologien und Überwachungssysteme.
 6. Das **Recht des palästinensischen Volkes auf kollektive Selbstbestimmung uneingeschränkt anzuerkennen** und sich entschlossen für dessen Umsetzung zu engagieren.
 7. Sich für die **Freilassung aller Geiseln und willkürlich inhaftierten Gefangenen in Israel und im besetzten palästinensischen Gebiet** einzusetzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.
-

Verhaltenskodex

Dieser Aufruf zur Demonstration wird von einer Koalition von Organisationen und politischen Akteur:innen getragen, die sich für ein mutigeres Engagement der Schweiz in der aktuellen Lage und für die Umsetzung dieser an den Bundesrat gerichteten Forderungen einsetzen.

Diese Kundgebung ist bewilligt und friedlich, offen und zugänglich für alle, die dem Bundesrat klare Forderungen übermitteln möchten. Hasspropaganda, Rassismus, Islamfeindlichkeit oder Antisemitismus werden nicht toleriert.

Stand 18. Juni 2025 unterstützen folgende Organisationen den Aufruf:



